

Warum ist die Initiative für nachhaltige Finanzen unterstützungswürdig?

<https://finanzplatz-initiative.ch/>

Zusammenfassung der Argumente

Vox Ethica 17.10.25

Ziele der Initiative?

-Die Rolle der Finanzwirtschaft bei der globalen Erwärmung und der Zerstörung der Biodiversität sichtbar machen.

-Die Initiative betont die *Hebelwirkung des Finanzsektors* für Massnahmen zugunsten des Klimas und der Biodiversität. Ziel der Initiative ist es, die Geschäftstätigkeiten der Akteure des Finanzplatzes Schweiz an den international vereinbarten Zielen zur Begrenzung des Temperaturanstiegs und zur Erhaltung der Biodiversität auszurichten.

-Die negativen Auswirkungen der Geschäftstätigkeiten des Schweizer Finanzplatzes auf das Klima und die Biodiversität zu reduzieren. Der Finanzsektor beeinflusst das Verhalten von Unternehmen in der *Realwirtschaft* (über Investitionen, Versicherungen, Kredite usw.).

Welche Mittel werden empfohlen?

-Die Initianten fordern unter Berufung auf *das Subsidiaritätsprinzip*, dass die Akteure der Finanzwelt Transitionspläne aufstellen, um aus Investitionen, die dem Klima und der Biodiversität schaden, auszusteiern. Die Unternehmen verfügen über die notwendigen Kompetenzen, um realistische und wirksame Transitionspläne zu erstellen.

-Das Subsidiaritätsprinzip (und damit die Autonomie der Akteure des Finanzsektors) reicht jedoch nicht aus, da es sich in der Vergangenheit gezeigt hat, dass dieser Sektor sich nicht ausreichend selbst regulieren kann. Es ist notwendig, auch andere Werte zu integrieren, insbesondere die drei Prinzipien der katholischen Sozialethik: *Gemeinwohl, Solidarität und Personalität*. Die Berücksichtigung des *Subsidiaritätsprinzips* kann auch dazu führen, dass die vor Ort oder im Ausland beschäftigten Personen oder diejenigen, die von der Ausbeutung von Bodenschätzen, Wäldern usw. betroffen sind, ebenfalls konsultiert werden (und nicht nur die Führungskräfte in der Schweiz).

Die Einhaltung der Nachhaltigkeitsanforderungen steht im Zusammenhang mit dem Begriff des *Gemeinwohls*. Denn die Klimakrise wird durch die Zerstörung von Ökosystemen und der Ausbeutung von Bodenschätzen und fossilen Energien (mit)verursacht.

Der Grundsatz des *Gemeinwohls* wird mit der Forderung nach einer *externen Kontrolle* der vom Finanz- und Bankensektor vorgeschlagenen Transitionsplänen integriert, um deren Umsetzung, aber

auch deren Übereinstimmung mit den Zielen zu gewährleisten, die sich die Schweiz im Bereich der globalen Erwärmung gesetzt hat.

Das *Prinzip der Solidarität* kommt bei der Kontrolle der Finanzierungsaktivitäten von Unternehmen zum Tragen, damit *soziale Faktoren berücksichtigt* werden (wie es Modelle der starken Nachhaltigkeit, wie das von K. Raworth) und nicht nur ökologische Aspekte im Zusammenhang mit den sozialen Folgen dieser Investitionen, zum Beispiel auf die betroffenen Menschen in den Ländern, in denen die Rohstoffe abgebaut werden (z. B. Anrainer, indigene Völker, die in den betroffenen Regionen leben), sowie auf die von diesen Investitionen betroffenen Angestellten und Arbeiter berücksichtigt werden.

Pflicht zur Solidarität im Zusammenhang mit der gegenseitigen Abhängigkeit:

Aus der Interdependenz zwischen den Staaten muss auch die Notwendigkeit der Solidarität zwischen den Völkern hervorgehen. Die Folgen bestimmter wirtschaftlicher Entscheidungen haben grosse Auswirkungen auf andere Menschen, andere Regionen der Welt oder Gemeinschaften, auch wenn diese nicht direkt sichtbar sind. Die Entfernung mindert die moralische Verantwortung nicht.

Das ethische Prinzip der *universellen Bestimmung der Güter bedeutet, dass* Güter nicht nur einigen wenigen zugutekommen, sondern dass die Ressourcen gerecht verteilt werden (Nord-Süd-Ungleichgewicht). Im Zusammenhang mit der Nutzung fossiler Energien kommen die enormen Gewinne dieser Industrien jedoch nur in geringem Masse den Ländern des Südens und den Regionen zugute, aus denen sie gewonnen werden. Es ist festzustellen, dass die Gewinne aus dieser Ausbeutung hauptsächlich von wesentlichen n privaten Unternehmen der nördlichen Hemisphäre gemacht werden. Die Güter und Gewinne werden also gewissermassen von einer sehr kleinen Minderheit von Menschen monopolisiert.

Wenn diese Investitionen die *Würde* der Menschen verletzen (indem sie ihre Lebensräume zerstören, sie unbewohnbar machen oder ihre Lebensbedingungen und Gesundheit gefährden) oder zur Zerstörung von Ökosystemen beitragen, sollten sie nicht mehr erlaubt sein.

Eine fehlgeleitete Wirtschaft:

Das Streben nach maximalem kurzfristigem Gewinn ist eine pervertierte Form der Wirtschaft, bei der Finanzen und Spekulation Vorrang vor der Realwirtschaft haben. Denn Arbeit, Arbeitnehmer und Menschen werden in dieser Gleichung nicht mehr berücksichtigt. Es werden nur noch finanzielle Gewinne berücksichtigt, unabhängig von den Auswirkungen der Ausbeutung der Ressourcen. Zukünftige Generationen und die Schwächsten werden von dieser Form der Wirtschaft nicht berücksichtigt. Die Wirtschaft dient somit nur noch den privaten Interessen einiger weniger, zum Nachteil der grossen Mehrheit der Menschen und des Planeten.

Dies verstösst gegen *den Grundsatz der Teilhabe*, der darauf abzielt, die Menschen so weit wie möglich in die sie betreffenden Entscheidungen einzubeziehen.

Eine transnationale *Verantwortung* der Schweizer Bürger:

Eine *nachhaltige* Wirtschaft und Finanzwelt sollte die Auswirkungen von Investitionen berücksichtigen, *auch solche, die ausserhalb der Schweiz getätigt werden*, denn die aktuelle Klimakrise ist keine lokale Krise, sondern hat eine globale Dimension. Die Aktivitäten von Schweizer Unternehmen, Banken und Investmentfonds auf anderen Kontinenten haben Auswirkungen auf den gesamten Planeten und auf die Lebensbedingungen aller Menschen. Als aktive Bürger in einer Demokratie sind wir jedoch dafür verantwortlich, was wir auf politischer Ebene entscheiden.